

BeGovSAH – Begleitforschung zur Umsetzung des eGovernment-Aktionsplans in Sachsen-Anhalt

Hermann Strack, Christoph Karich

Fachbereich Automatisierung und Informatik
Hochschule Harz
Friedrichstr. 57-59
38855 Wernigerode
hstrack@hs-harz.de
ckarich@hs-harz.de

Abstract: Im Folgenden werden Aktivitäten der Begleitforschung zur Umsetzung des E-Government-Aktionsplans in Sachsen-Anhalt (BeGovSAH) vorgestellt und in den Zusammenhang der Umsetzung des E-Government-Aktionsplans Sachsen-Anhalt eingeordnet. In den Aktionsplan und in die Begleitforschung sind wesentliche Ergebnisse des Projektes MEDIA@Komm, Pilotprojekt der Bundesregierung für E-Government in Deutschland, eingegangen [5,6], z.B. der E-Government-Standard OSCI.

1 Der E-Government-Aktionsplan des Landes Sachsen-Anhalt

Mit dem Vorhaben der Einführung von E-Government verfolgt die Landesregierung Sachsen-Anhalt das Ziel, für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung einen elektronischen Zugang zu den wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen der Landesverwaltung zu schaffen. Diese Zielstellung wird durch die drei Phasen “Grundkonzeption”, “Aktionsplan” und “Anwendungsumsetzung”, welche inhaltlich aufeinander aufbauen, vorangetrieben. Aufbauend auf dem “Grundkonzept eGovernment in Sachsen-Anhalt”, das am 29. April 2003 von der Landesregierung beschlossen wurde, wurde im Zeitraum vom 15. Januar 2004 bis 18. Mai 2004 im Auftrag der Landesregierung durch Zusammenarbeit des Ministerium des Innern (Referat 45 – Landesleitstelle IT/eGovernment), der Firma BearingPoint und allen Ressorts der Landesverwaltung der “eGovernment-Aktionsplan für die Landesverwaltung Sachsen-Anhalt” [0] erarbeitet, der die Vorhaben der Grundkonzeption erfasst, bewertet und priorisiert. Dieser gibt einen Überblick über die E-Government-Vorhaben und die dazu notwendigen Basis-komponenten, die bis zum Jahre 2010 bereitgestellt werden sollen, sowie über die zeitliche Abfolge bezüglich ihrer Umsetzung und über technische, organisatorische und finanzielle Voraussetzungen, die zur Vorhabensumsetzung geschaffen werden müssen. Von den über 200 ressortübergreifenden und -internen Vorhaben, die während der Vorbereitung der Erstellung des Aktionsplanes identifiziert wurden, konnten 16 so genannte Leitprojekte anhand der Abwägung von Nutzen und Kosten mittels eines standardisierten Kriterienrasters – maßgeblich die Abdeckung wichtiger Dienstleistungstypen und das Vorhandensein eines “übergreifenden Charakters” der Vorhaben – ausgewählt werden, die neben den 97 priorisierten Vorhaben, bevorzugt umgesetzt werden sollen,. Darüber hinaus wurden ebenfalls so genannte “Einer-für-Alle-Dienstleistungen” (kurz EfA) identifiziert, als elektronische Behördendienstleistungen, die in vergleichbarer Form in unterschiedlichen Ressorts und Behörden mit analoger Funktionalität bezüglich der Prozessabläufe für den Anwender erbracht werden. Hierbei wird in Anlehnung an BundOnline empfohlen, eine Mehrfachentwicklung durch das Prinzip “Einer für Alle” zu vermeiden. Gleichfalls wird geprüft, ob bestehende Lösungen anderer Länder oder des Bundes übernommen bzw. an die Landesverwaltung Sachsen-Anhalt angepasst werden können. Als Beispiele für EfA-Dienstleistungen im Rahmen des E-Government-Aktionsplans seien genannt:

- einheitliche Plattform zur elektronischen Beschaffung und Vergabe in der Landesverwaltung
- übergreifendes Fördermittelmanagementsystem zur Unterstützung der Abwicklung und des Controllings für alle Aktivitäten im Bereich der Vergabe von Fördermitteln, vgl. das „efREporter management system“ [7]

- internetbasiertes Service-Center zur Information und Beratung für Bürger
- zentrale Stellenbörse der Landesverwaltung
- Plattform zur Abwicklung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Um der Mehrfachentwicklung von Infrastrukturkomponenten, welche projektübergreifende Funktionen anbieten, entgegenzuwirken, wurden entsprechend zu den priorisierten Vorhaben, eine Reihe von so genannten Basiskomponenten identifiziert, deren Umsetzung als Grundlage zur Verwirklichung der angestrebten Online-Dienstleistungen dienen soll. Hierbei wird zwischen "direkten Basiskomponenten", welche zur Durchführung von E-Government notwendig sind – Dienstleistungsportal, Content Management System, Formularserver, Zahlungsverkehrsplattform, Digitale Signatur / Virtuelle Poststelle, Geodatenserver – und "indirekten Basiskomponenten", die zur Durchführung hilfreich oder notwendig sind, jedoch im Bereich der Backend-Systeme für die tägliche Arbeit benötigt werden – Informations- und Wissensmanagement, Vorgangsbearbeitung, Dokumentenmanagementsystem, Customer Relationship Management – unterschieden. Daneben gibt es weitere Komponenten – Präsentation, Prozess- und Datenmodelle, Datenintegration, Middleware, Kommunikation – die als Infrastrukturdienstleistungen die Basis für den Betrieb der vorgenannten Komponenten schaffen, um ein E-Government durchführen zu können. Die weitere zeitliche Umsetzung des Aktionsplans in den Jahren 2005 bis 2010 orientiert sich an den oben aufgeführten Leitprojekten und Basiskomponenten und sieht eine zeitliche Abstimmung zu deren Umsetzung vor (Bereitstellung Basiskomponenten: Ende 2007) . Die parallel dazu stattfindende Planung und Umsetzung der Leitprojekte soll darauf aufbauend 2009 abgeschlossen werden. Bis Ende 2010 sollen die priorisierten Vorhaben umgesetzt werden, wobei kleinere und kostengünstigere Vorhaben, welche schnelle Erfolge versprochen, nach Bedarf auch vorzeitig umgesetzt werden können, um sowohl sich positiv auf den Fortschritt der Umsetzung des gesamten Aktionsplans auswirkende Lerneffekte zu integrieren als auch Akzeptanz der E-Government-Vorhaben bei Mitarbeitern, Kunden und Bürgern zu schaffen und den praktischen Nutzen von Online-Dienstleistungen zu vermitteln.

2 Der E-Government-Standard OSCI

Das "Online Services Computer Interface" (OSCI) beschreibt eine Protokoll- und Datenschemata-Sammlung, die speziell für die gesicherte und rechtsverbindliche Kommunikation verteilter Anwendungen in Anwendungsgebieten innerhalb des E-Government bzw. E-Commerce im Städtewettbewerb Media@Komm entwickelt wurde. OSCI verfolgt mehrere so genannte globale Sicherheitsziele. Dazu zählen Vertraulichkeit gleichzeitig auf Transport- bzw. Inhaltsdatenebene (Analogon aus der Papierwelt: Dokumente im doppelten Umschlag), welche über Client-Server bezogene Verschlüsselung bzw. eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sichergestellt werden; Integrität und Authentizität, die mit Hilfe verschiedener Arten elektronischer Signaturen umgesetzt werden und die Verbindlichkeit von Nachrichten - durch Ausstellen von

Quittungen und Nachweisen (z.B. Laufzetteln). Eine OSCI-Kommunikation kann sowohl synchron als auch asynchron ablaufen, wobei bei der synchronen Variante beide Partner zeitgleich online sein müssen, während bei der asynchronen Kommunikation Nachrichten gespeichert werden, bis sie der Empfänger abrufen. Bezeichnend für OSCI ist es, keine direkte Ende-zu-Ende-Kommunikation zu unterstützen, sondern eine zentrale Vermittlungsstelle - den „Intermediär“ - einzuführen, um die angesprochenen Sicherheitsziele und Sicherheitsfunktionen besser zu unterstützen. Der Intermediär verbindet somit die Kommunikationspartner indirekt miteinander und kann darüber hinaus zentral so genannte Mehrwertdienstleistungen erbringen. Zu diesen Leistungen gehören zum Beispiel die Prüfung der elektronischen Signatur oder des Zertifikates des Senders sowie weitere kryptographische Funktionen, die zentralisiert werden können. Darüber hinaus kann der Intermediär bestimmte Zustellregeln überprüfen und umsetzen, wozu beispielsweise das Datum der Abholung bestimmter Nachrichten zählt. Ferner führt der Intermediär ein Protokoll eines so genannten Laufzettels über jede OSCI-Nachricht, in dem spezifische Daten, wie Nachrichteneingang bzw. -ausgang, Zertifikatsprüfung gespeichert werden. Der OSCI-Standard hat für den Bereich E-Government spezifische (Sicherheits-)Dienste vorweg eingeführt, die heute an die Struktur von (secure) Web-Services erinnern. So überrascht es auch nicht, dass OSCI-Nachrichten auf dem SOAP-Standard beruhen. Somit ist eine OSCI-konforme Nachricht als XML-Dokument aufgebaut. Zur Verschlüsselung und Signatur von Nachrichtenteilen werden die Sicherheitsfunktionen XML-Encryption bzw. XML-Signature angewendet. Der OSCI-Standard enthält den OSCI-Transportteil (Teil A) [1], welcher die Nachrichten und Infrastrukturkomponenten definiert, die an einer Kommunikation bezüglich des Transports beteiligt sind, und darüber hinaus die Verwendung von Sicherheitsmechanismen definiert. Daneben werden im fachlichen Teil (OSCI Teil B) des OSCI-Standards, anwendungs- oder fachverfahrensspezifische Inhaltsdatenstrukturen über XML-Schemata definiert und unterstützen so eine möglichst weitreichende Etablierung von eGovernment-Standards. Unter diesen inhaltsdatenbezogenen XML-Schemata ist neben XJustiz insbesondere XMeld [3] zu nennen, welches ein bundeseinheitliches Datenaustauschformat für die Übermittlung von Daten des Meldewesens beschreibt. Darin werden Nachrichtenstrukturen für das Meldewesen definiert, wie sie in einer Kommunikation zwischen Meldebehörden aber auch mit Bürgern oder anderen öffentlichen Verwaltungen auftreten können. Der Einsatz von OSCI und XMeld ist dabei bundesweit mit Start zum 1.1.2007 vorgesehen [4]. Insbesondere die Möglichkeit, binäre Attachments in den Nachrichtenaufbau mit einfließen und sicherheitstechnisch behandeln zu können, macht den OSCI-Standard auch für weitere Anwendungsszenarien im E-Government attraktiv. OSCI-Standards werden durch die OSCI-Leitstelle [2] gepflegt und weiterentwickelt, im Auftrag des KoopaADV, einer IT-Koordinierungsstelle von Bund, Ländern und Kommunen.

3 Das Projekt BeGovSAH

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitforschung für das Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt, dort die Landesleitstelle IT/eGovernment, werden informationstechnische Realisierungsoptionen für Basiskomponenten und Leitprojekte des Aktionsplans E-Government für die Landesverwaltung in Sachsen-Anhalt untersucht. Insbesondere werden dabei folgende Komponenten untersucht und Kriterien für entsprechende Architekturen und Anwendungen entwickelt und für Optimierungen der Umsetzungen eingesetzt:

- die Architektur für eine OSCI-Intermediärsplattform als informationstechnische Basis für die zukünftig elektronische Abwicklung von Verwaltungsverfahren nach rechtlich verbindlichen und informationstechnisch gesicherten E-Government-Standards (z.B. im Meldewesen)
- der Aufbau einer PublicKey-Infrastruktur (PKI) samt erster Anwendungen als Basis für den Einsatz elektronischer Signaturen und Verschlüsselungen in elektronischen Verwaltungsverfahren
- der Aufbau einer elektronischen Infrastruktur für das Meldewesen einschließlich einer so genannten Clearing- oder Vermittlungsstelle, zum Clearing von Meldedaten bei Umzügen zwischen Bundesländern
- der Aufbau einer virtuellen Poststelle (VPS), als zentrale Sicherheitsinfrastruktur im Rahmen einer eGovernment-Kommunikationsplattform, zur gleichzeitigen Integration gesicherter Mail, gesicherter Web-basierter Dienste und von OSCI-basierter Kommunikation.

Literaturverzeichnis

- [0] Landesregierung Sachsen-Anhalt; eGovernment-Aktionsplan für die Landesverwaltung Sachsen-Anhalt, Version zur Veröffentlichung, Version 0.1, Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt, Magdeburg, 17. August 2004
- [1] OSCI-Leitstelle; OSCI Transport 1.2, Spezifikation, OSCI-Leitstelle, Bremen, Juni 2002
- [2] OSCI-Leitstelle, www.osci.de; Rudolf-Hilferding-Platz 1; 28195 Bremen
- [3] OSCI-XMeld-Projektteam; OSCI-XMeld Spezifikation, Version 1.2, OSCI-Leitstelle, Bremen, 21. Januar 2005
- [4] Bundesministerium des Innern; Verordnung zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden verschiedener Länder (BMeldDÜV1 2005), BGBl I 2005 168, Bundesministerium des Innern, Berlin, 21. Juni 2005
- [5] MEDIA@Komm, www.mediakomm.net; Pilotprojekt der Bundesregierung zu E-Government in Deutschland, 1999-2004
- [6] H.Strack; MEDIA@Komm – the Pilot Project for E-Government and E-Commerce in Germany, Tagungsband, ISSE 2001, Information Security Solutions Europe, London, 2001
- [7] J. Biernath, Ministry of Finance of Saxony-Anhalt; An 'electronic butler' for the Structural Funds in Saxony-Anhalt, in Zeitschrift "inforegio" (Hrsg. Europäische Kommission), Ausgabe Nr. 16 vom Mai 2005